



Björn Thümler – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Diese Fälle machen deutlich: Unter Rot-Grün drohen ganze Wohnquartiere und Städte in Niedersachsen abgehängt zu werden. „Wenn wir Entwicklungen wie in Berlin oder Duisburg verhindern wollen, müssen wir jetzt handeln“, sagt CDU-Fraktionschef Björn Thümler. „Das Gefühl vieler Menschen in den sozial schwächeren Stadtteilen und Wohnquartieren, von der Gesellschaft abgehängt zu sein, ist frustrierend und darf sich nicht weiter verschärfen – damit würden radikale Strömungen aller Richtungen gestärkt.“ Die CDU-Fraktion will das Problem sozialer Brennpunkte deshalb auf verschiedenen Ebenen parallel angehen und hat drei Entschließungsanträge auf den Weg gebracht:

#### Entschließungsantrag:

**„Pädagogischer Notstand‘ in Teilen der Landeshauptstadt? Landesregierung muss Bildung für alle Kinder auch in ‚sozialen Brennpunkten‘ sicherstellen“**



Sprache ist der Schlüssel zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. In diesem Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die rot-grüne Landesregierung deshalb auf, die Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sozialen Brennpunkten in Niedersachsen in den Blick zu nehmen. Neben dem Ausbau der Sprachförderung müssten ausreichend Schulsozialarbeiter sowie pädagogisches Unterstützungspersonal eingesetzt und ein landesweit tragfähiges Konzept für die Verbesserung von Bildungsangeboten in den betroffenen Stadtteilen entwickelt werden.

Fraktionschef Thümler: „Es darf nicht sein, dass ausgerechnet Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund keinen Krippen- oder Kitaplatz erhalten. Gerade sie benötigen in der Regel eine intensive Förderung, um später mit ihren Mitschülern Schritt halten zu können.“

#### Entschließungsantrag:

**„Der soziale Wohnungsbau darf nicht zu einer Restgröße verkommen – jetzt Kurswechsel in der Wohnraumförderung einleiten“**



Der Wohnungsmarkt in weiten Teilen Niedersachsens ist nach wie vor angespannt. Die Folge: steigende Mieten. „Um zu verhindern, dass Menschen mit geringem Einkommen zunehmend in sozial schwächere Stadtgebiete abgedrängt werden, muss mit staatlicher Unterstützung ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden“, sagt Thümler. Die CDU-Fraktion fordert ein breitgefächertes, vom Land finanziertes Wohnungsbauprogramm, das auch mit Zuschüssen arbeitet.

Bislang weigert sich Rot-Grün, eigene Mittel für diese originäre Landesaufgabe einzusetzen. Lediglich die vom Bund für diesen Zweck bis 2019 weiterhin zur Verfügung gestellten Kompensationsmittel in Höhe von rund 78 Millionen Euro werden dafür verwendet.

#### Entschließungsantrag:

**„Ghettos vermeiden – Wohnsitzauflage jetzt!“**



Kontinuierlich wachsende ethnischen Communities innerhalb einer Mehrheitsgesellschaft können dauerhaft zum Integrationshemmnis werden. Mit zunehmender Größe einer Community sinkt auch die Notwendigkeit für ihre Mitglieder, sich außerhalb zu bewegen. Die CDU-Fraktion will deshalb die Einführung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge ohne eigenes Einkommen in Niedersachsen durchsetzen. Die Grundlage dafür bietet das im Sommer 2016 vom Bund verabschiedete Integrationsgesetz. Andere Bundesländer machen von der Regelung bereits Gebrauch.

Thümler: „Menschlich ist es absolut nachvollziehbar, dass sich viele Flüchtlinge in der Nähe ihrer Landsleute niederlassen. Für ihre Integration in die niedersächsische Gesellschaft ist das jedoch oft hinderlich.“ Auch Ministerpräsident Weil hat sich Anfang 2016 für eine Residenzpflicht ausgesprochen. „Bislang konnte er sich damit aber nicht gegen seinen grünen Koalitionspartner durchsetzen“, so Thümler.

